GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG X. AUGUST - SEPTEMVRIE / AOUT - SEPTEMBRE / AUGUST - SEPTEMBER 1932. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 8-9

Antwort

des Parteipräsidenten Graf Georg Bethlen auf die Einladung des Unterstaatssekretärs Brandsch.

Unterstaatssekretär Rudolf Brandsch richtete an die Führer der Minderheitsparteien einen Aufruf, worin er die Absicht verriet, die Vertreter der Nationalminderheiten-Parteien zu einer Besprechung einladen zu wollen.

In diesem amtlichen Schreiben stell e Brandsch fest, das Ergebnis des mehr als ein Jahr tätigen Minderheits-Sekretariates habe bewiesen, dass im Prinzip, welches beim Entstehen dieses Amtes grundlegend war, tatsächliche Notwendigkeit zutage trat und das erstrebte Ziel desselben vollkommen erreicht sei. Seiner Ansicht nach war der Ausgangspunkt, die Frage der Nationalminderheiten müsse zur staatspolitischen Frage werden und auch bleiben, diese dürfe nicht von Parteipolitik beeinflusst oder abhängig sein.

Der Präsident der Ungarischen Partei Graf Georg Bethlen erhielt auch diesen Aufruf in Begleitung eines Privatschreibens des Unterstaatssekretärs, welches sich über die Kritik verbreitet, die man jüngst an der Stellung Brandsch's übte, welche aber seiner Ansicht nach weder ihm, noch seinem Amte schadeten.

Graf Georg Bethlen gab auf diesen Aufruf folgende Antwort:

Bukarest, am 1. Sept. 1932.

Sehr geehrter Herr Minister!

Hiemit bestätige ich den Empfang Ihres werten offiziellen Schreibens vom 22. August, sowie Ihres Briefes vom 23. August 1932.

Leider bin ich gezwungen in vorliegender Antwort festzu-

stellen, dass ich mit der Auffassung des Herrn Ministers über die Notwendigkeit und das Ergebnis der Tätigkeit des sogenannten Minderheits-Sekretariates nicht übereinstimme.

Ich beobachtete kein Ergebnis, das heisst keine Besserung in der Lage der Minderheiten, also ist seit dem Entstehen des genannten Amtes die Situation nicht gebessert. Die nüchterne Logik wirft folglich von selbst die Frage auf, ob es nicht geradezu schädlich ist, vonseiten jedweder Minderheit zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes Mithilfe zu leisten. Dadurch würde im Inland wie im Ausland nur der Schein erweckt, als ob im rumänischen Staat die Minderheitsfrage in solch günstige Wege geleitet worden wäre, dass es einem, aus den Minderheitskreisen hervorgegangenen Politiker möglich sei, diesen politischen (nicht bürokratischen) Posten als annehmbar und tragbar zu betrachten, zumal jener Politiker als Mitglied der Regierung die politische und parlamentarische Verantwortung solidarisch trägt.

Möge man wie immer über den Wirkungskreis dieser Institution sowie ihre Wirkung auf die Minderheitsfrage seit deren Bestand urteilen, auch bei günstigstem Urteil muss ich diesbezüglich feststellen, – ohne die obenerwähnte allgemeine politische Regierungsverantwortung zu berühren, – meiner Überzeugung nach kann ein Minderheitspolitiker diese Stelle nur dann annehmen, wenn hinsichtlich der Minderheitsfrage in der allgemeinen Regierungspolitik, folglich im Lösungsprozess der ganzen Frage mindestens gewisser relativer Fortschritt wahrnehmbar ist. Einem Minderheitspolitiker ist es moralisch nur dann möglich dieses Amt zu Nutzen seiner eigenen Minderheit zu übernehmen, wenn er dadurch nicht zugleich den übrigen Minderheiten Schaden zufügt. Den Minderheitsrechten kann nur im Laufe eines Kampfes zwischen den Minderheiten und den Mehrheitsnationen Geltung verschafft werden, dieser Kampf aber kann nur durch enge Gemeinschaft solidarischer, oder mindestens gleich interessierter Minderheiten einen für diese erfolgreichen Ausgang bringen. Durch die Schwächung einer anderen Minderheit wird demnach indirekt auch jene Minderheit geschwächt, der man selbst angehört.

Infolge des oben gesagten stelle ich demnach fest, dass derzeit und bisdahin, bis die Umstände zugunsten der Minderheiten keine bedeutende Besserung zeigen werden, ich es für

richtiger halten würde, wenn schon die Regierung die Fürsorge über die Minderheiten einem speziellen Organ übertragen will, so soll dies nicht politischen, sondern bürokratischen Karakter tragen, denn nur so wäre zu erreichen, was Herr Minister erwähnen, nämlich das Amt von Parteipolitik un' eeinflusst und unabhängig zu bewahren.

Um als tatsächlicher politischer Vertreter der Minderheiten in der Regierung zu gelten, dazu ist erforderlich, dass dieser der Delegierte, oder zum Mindesten der Vertrauensmann der Minderheit sei, und zwar nicht nur einer Minderheit, sondern womöglich sämtlicher, jedenfalls aber der zahlreichsten un'er ihnen. Demzufolge fühle ich, dass die ungarische Minderheit vollrechtlich befugt ist, zur Haltung eines, wenn auch nicht ungarischen, doch einer anderen Minderheit Rumäniens angehörenden Politikers ihre Meinung zu äussern. Es hat für mich weniger Bedeutung, ob bei Bekleidung mit diesem Amt, die deutsche Partei befragt wurde und wenn ja, ob in ihrem Sinne. Ich vermeide auch die Frage, ob andere Minderheiten in dieser Sache Meinung äusserten und wenn ja, wie diese lautete ? Wohl aber beanstände ich, dass es keiner kompetenten Persönlichkeit notwendig schien, die Meinung der ungarischen, der zahlreichsten Minderheit in dieser Frage – weder bei Schaffung dieser Stelle, noch bei deren wiederholter Bekleidung – kennen zu lernen.

Herr Minister, Sie haben mir durch Ihre werte Mitteilung nicht nur Gelegenheit gegeben, meinen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekanntzugeben, sondern ich gedenke auch diese Frage, – gemäss der ihr anhaftenden Tragweite, – mit Ernst und Aufrichtigkeit zu untersuchen und kann es nicht vermeiden, Ihnen zu antworten, auch wenn unsere Meinungen verschieden sind. Es steht mir fern, persönliche Beziehungen zu dieser Frage zu suchen, oder mit ihr zu vermischen, doch kann ich nicht umhin zu erwähnen, dass Herr Minister mit Ihrer politischen Rolle das Vertrauen des Ungartums nicht gewonnen haben. Zur Begründung sei mir gestattet mich darauf zu berufen, dass eben in Ihrem Amt als Minderheiten-Staatssekretär Sie Mitglied solcher zwei Regierungen waren, die bei den abgehaltenen allgemeinen Parlamentswahlen der ungarischen Minderheit gegenüber mancherlei, die Freiheit der Wahlen verletzende unerlaubte behördliche Eingriffe verübten. Ich erkläre auf jeden eventuell widersprechenden Einwurf im Voraus, dass ich bezüglich der

zweimaligen Wahlen diesen unwiderruflichen Ausspruch nicht nur auf Grund von Berichten, sondern auf persönliche Erfahrung hin tue. Da Herr Minister Mitglied dieser zwei Regierungen waren, müssen Sie mit diesen gemeinsam die Verantwortung für die genannten Tatsachen tragen, selbst im Falle Sie nicht an den verübten Missbräuchen teilnahmen. Übrigens habe ich keine Kenntnis davon, ob Sie öffentlich abfällig über dieselben geurteilt hatten. Und hier springt uns wieder die Frage entgegen, wie ein Minderheitspolitiker ein politisches Amt in solchen Regierungen versehen kann, welche bei den Wahlen im allgemeinen, besonders aber den Minderheiten gegenüber derartige Haltung bezeugen?

Solche Fälle dienten unter Anderem dazu, um vor der Öffentlichkeit Grund und Gelegenheit zu gebührender Kritik an dem politischen Verhalten Herrn Ministers zu geben.

Trotz alledem und mit Aufrechterhaltung meines oben erklärten Standpunktes, fortan in erster Linie die Förderung der Minderheitsfrage, vornehmlich die Besserung der Lage des Ungartums pflichtgemäss vor Augen haltend, erkläre ich mich bereit, an der Besprechung, die Herr Minister zur Lösung der Minderheitsfrage zu berufen gedenken, teilzunehmen.

An den Beratungen kann ich aber bloss in dem Falle teilnehmen, wenn dorthin der Vertreter des sogenannten „ungarischen wirtschaftlichen Vereines" keine Einladung erhält. Denn wir können die kaum verhüllte Tatsache niemals aus dem Auge lassen, dass solche, mit Hilfe der Regierung zustandegebrachte Körperschaften nur den einen unseligen Zweck verfolgen, einen Keil in die Reihen der Minderheiten zu treiben. Ausserdem kann Keiner von uns jene Wahlmissbräuche vergessen, mittels welcher die oben genannte Körperschaft ihre parlamentarische Vertretung erreicht hat.

Falls jene Zeitungsnachrichten auf Wahrheit beruhen, laut welchen Herr Minister auch diese Gruppe eingeladen haben, so gedenke ich meine Ausführungen über die Bedingungen des künftigen Wohles der ungarischen Volksminderheit und die gegenwärtigen Hemmungen seines Wohles nur im Rahmen einer separaten Besprechung vorzubringen.

Jedwedes politische Moment beiseite lassend, bin ich der Ansicht, es sei meine Pflicht, jedes derartige Beginnen der Regierung, sowie jeder Behörde, ebenso auch des Herrn Ministers

zu unterstützen, bis es sich nicht herausstellt, dass das Unternehmen der ungarischen Minderheit nicht zum Vorteil gereicht.

Bitte mein gegenwärtiges Schreiben zugleich als die Meinung der unter meiner Leitung befindlichen Ungarischen Partei zu betrachten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Graf Georg Bethlen
Präsident der Ungarischen Partei.

*

Die Antwort der Ungarischen Partei besprechend, meldet die „Kronstädter Zeitung" (10. September):

Unterstaatssekretär Brandsch hat die Antwort der Ungarischen Partei übernommen ohne sie aber vorerst zu beantworten. Es heisst, dass er bereit sein soll, den Standpunkt der Ungarischen Partei sich zu eigen zu machen, dass nämlich die aufzuwerfenden Fragen nicht in gemeinsamer Beratung mit den Vertretern der „Ungarischen Wirtschaftspartei", sondern nur mit der Ungarischen Partei gesondert verhandelt werden. Brandsch erklärte angeblich, dass dies auch ursprünglich sein Plan gewesen sei, und dass er nicht die Absicht gehabt habe, die Angelegenheit einer gemeinsamen Minderheitenkonferenz zu unterbreiten. In politischen Kreisen will man wissen, dass der Anstoss zu den Verhandlungen mit den Minderheiten auf den Wunsch Seiner Majestät des Königs zurückzuführen sei. Angeblich soll auch Unterstaatssekretär Brandsch selber vor einigen führenden Minderheitspersönlichkeiten Anspielung in diesem Sinne gemacht haben.

Răspunsul

contelui George Bethlen, președintele Partidului Maghiar, la invitarea d-lui Subsecretar de Stat Brandsch.

D-l ministru Rudolf Brandsch, a trimis un apel către conducătorii partidelor minoritare, invitând delegații acestor partide la o consfătuire.

În adresa oficială, d-l Brandsch constată, că rezultatele activității de mai bine de un an a Subsecretarului minorităților, justifică principiul, avut în vedere la înființare, că acest Subsecretar

e o necesitate reală, corespunzând pe deplin scopului propus. După convingerea d-sale, punctul de plecare a fost următorul: chestiunea popoarelor minoritare trebue să fie și să rămână o chestiune politică de stat, nefiind permis să depindă sau să fie influințată de politica de partid. Adresa aceasta a primit-o și contele George Bethlen, președintele Partidului Maghiar, dimpreună cu o misivă personală, care se referă la criticile, aduse în timpul ultim, funcției d-lui Brandsch. După părerea D-Sale, atacurile acestea au fost inofensive, atât față de dânsul, cât și față de funcția, ce o ocupă.

Referitor la adresa d-lui Brandsch, contele Bethlen i-a dat următorul răspuns:

București, 1 Sept. 1932.

Mult stimate d-le Ministru!

Confirm primirea invitației oficioase din 22 August 1932, precum și a epistolei din 23 August 1932.

Spre marele meu regret, trebue să declar, că nu sunt de acord cu Dv. în privința necesității așa numitului Minister al minorităților, neaflându i utilă activitatea de până acum.

Nu observ nici un rezultat plausibil, cu privire la ameliorarea situației minorităților, situația nefiind cu nimic mai favorabilă, decum era înaintea înființării Ministerului din vorbă. Prin urmare, e logică întrebarea, că în astfel de împrejurări, oare nu e în detrimentul chestiunei minoritare, ca minoritățile să sprijinească și mai departe menținerea situației actuale, potrivită numai a produce aparența — atât în țară, cât și în străinătate — că în România chestiunea minoritară a întrat în matca firească, dând posibilitate politicianului minoritar să considere ca acceptabilă sau suportabilă această instituție politică (nu funcționărească), deoarece — ca membru al guvernului — i-se impune solidara responsabilitate politică și parlamentară?

Oricare ar fi părerea cuiva despre cercul de activitate al acestei instituțiuni, luând în considerare — referitor la chestiunile minoritare — chiar și efectul cel mai favorabil, exercitat în decursul existenței sale de până acum, totuș trebue să constat — nediscutând responsabilitatea generală politică de guvernământ, menționată mai sus — că, după convingerea mea, politicianul minoritar numai atunci poate accepta o astfel de funcție, dacă atmosfera, politica generală de guvernământ și, în consecință, procesul de soluționare al chestiunei minoritare ne arată,

cel puțin, un anumit progres relativ. Numai aceste considerante fac moralicește posibil, ca politicianul minoritar să accepte funcția amintită, atât în interesul minorității proprii, cât și spre a evita – prin acceptarea funcției – eventualele desavantagii, ce le-ar cauza diferitelor minorități. Drepturile minoritare se validitează numai prin lupta dintre națiunea dominantă și minorități. Lupta aceasta va fi încoronată de succes numai dacă solidaritatea sau apărarea intereselor similare ale popoarelor minoritare, e perseverantă. Va să zică, dacă slăbesc vre-o minoritate, prin aceasta slăbesc – indirect – și minoritatea, căreia îi aparțin.

Luând în con-iderare toate acestea, constat că deocamdată și până când împrejurările nu vor evidenția vre-o deplasare importantă în favorul minorităților, ar fi mai corect, dacă guvernul și-ar exercita solicitudinea față de minorități prin un organ special. Acest organ să n'aibă caracter politic, ci numai funcționăresc, deoarece numai astfel se poate debarasa de influința politicei de partid, ceeace – dealtfel – doriți și Dv.

Ca cineva să poată figura în guvern de fapt ca reprezentantul politic al minorităților, e necesar să fie delegatul sau, cel puțin, depozitarul încrederii lor. Însă nu numai al unei singuratice minorități, ci – după cât e posibil – al tuturora și, în primul rând, al minorității în preponderanță numerică. Prin urmare, afirm, că minoritatea maghiară e cea mai competentă și pe deplin justificată a-și spune convingerea despre activitatea vreunui politician minoritar din România, chiar și dacă nu aparține rassei maghiare. Că Partidul German a fost consultat asupra înființării Ministerului minorităților, sau că această înființare s'a făcut cu asentimentul său, cred că mă privește mai puțin. Nu vreau să mă ocup nici cu chestia, dacă celelalte minorități și-au manifestat sau nu și-au manifestat dorința, într'un fel sau altul, în această cauză. Or, sunt îndreptățit a protesta energic contra faptului, că în chestia aceasta părerea minorității preponderante – adecă minoritatea maghiară – a fost ignorată, de repetite ori, de către toți factorii competenți, atât în privința regulării funcțiunei, cât și a designării persoanei respective.

D-le Ministru! Comunicatele Dv. mi au dat ocazie de a-mi publica nu numai punctul de vedere în această chestiune, ci prin aducerea pe tapet a chestiunei, nici nu pot abandona desbaterea serioasă și sinceră – dupăcum se recere, dealtfel –

răspunzându-vă chiar şi în cazul, când părerile noastre sunt contrare. N'am intenţia să caut sau să amestec raporturi personale în chestie; nu pot însă ascunde faptul, că prin activitatea Dv. politică, nu v'aţi câştigat încrederea minorităţii maghiare. Spre documentare, permiteţi-mi să mă restrâng, declarându-vă că tocmai în decursul timpului, — când aţi figurat ca ministru în guvernele Maniu-Iorga, — s'au făcut două alegeri parlamentare, în cari libertatea electorală a minorităţii maghiare a fost violată grav, prin abuzurile organelor administrative. Faţă de eventualele negări, — cu privire la abuzurile comise în ambele alegeri, — îmi susţin acuza nu numai prin ştirile şi rapoartele ziaristice, ci mai ales prin propriile mele constatări. Dv., în calitate de ministru al ambelor guverne demisionate, trebue să suportaţi, laolaltă cu foştii colegi, responsabilitatea acestor ilegalităţi, chiar şi dacă n'aţi luat parte activă la comiterea lor. Dealtfel n'am cunoştinţă, dacă a-ţi condamnat vreodată — în mod public — aceste ilegalităţi. Ei bine, acum se naşte întrebarea, cum e posibil, ca un politician minoritar să accepte o funcţiune politică în astfel de guverne, cari în general — şi cu deosebire faţă de minorităţi — au desconsiderat libertăţile electorale?

Cazurile acestea au motivat, între altele, criticile ce vi s'au adus în publicitate, referitor la activitatea Dv. politică.

Cu toate astea, — menţinându-mi în întregime punctul de vedere de mai sus, — declar că voi participa cu plăcere la consfătuirea convocată de Dv., spre a contribui şi eu la rezolvarea echitabilă a chestiunei minoritare generale şi, mai ales, spre a ameliora — în primul rând — soarta minorităţii maghiare.

Voi participa însă numai dacă reprezentantul aşa numitei „Uniuni maghiare agrare" nu va fi învitat. Noi, maghiarii, suntem ferm convinşi, că prin înfiinţarea acestor fel de Uniuni — cu concursul guvernului — se urmăreşte numai nenorocitul scop al desbinării rândurilor popoarelor minoritare. Pe lângă aceasta, nu vom uita nici odată abuzurile electorale, cari au făcut posibilă, numitei Uniuni, prezenţa în Parlament.

Dacă ştirile ziaristice — referitor la învitarea amintitei Uniuni — sunt adevărate, în cazul acesta sunt înclinat a-mi exprima convingerile numai în cadrele unei convorbiri particulare, atât în privinţa condiţiilor de asanare, cât şi pentru evita-

rea obstacolelor prezente, cari zădărnicesc bunăstarea minorității maghiare.

Îmi țin de datorie — abandonând orice considerent politic — să sprijinesc cu toată bunăvoința inițiativa guvernului — prin urmare și pe Dv., — câtă vreme nu se va dovedi, că această acțiune nu e în detrimentul minorității maghiare.

Rugându-vă să considerați conținutul prezentei scrisori totodată și ca expresia convingerei fidele a Partidului Maghiar de sub conducerea mea, rămân cu deosebită stimă: Contele George Bethlen m. p., președintele Partidului Maghiar.

„Die Presse-Wochenschau zur Nationalitätenfrage" über die neue rumänische Regierung und die Wahlen.

Bekanntlich orientiert das Sekretariat der Nationalitätenkongresse in Wien, unter Leitung des *Dr. Ewa'd Ammende* die Fachkreise wöchentlich über alle Erscheinungen, welche das Problem der Nationalminderheiten, resp. die Nationalminderheiten selbst berühren. In der jüngst am 15. August erschienenen „Mitteilung" Nr. 30 finden wir die Stellungnahme des Sekretariates der neuen rumänischen Regierung gegenüber, die wir nachfolgend wörtlich wiedergeben:

Die Nationalitätenfrage wird in der Presse aller Minderheiten Rumäniens immer wieder gestellt und behandelt. In der Tat, sie ist auch darum besonders aktuell, weil jetzt festzustehen scheint, dass eine nationalzaranistische Regierung am Ruder bleibt. Ob Maniu statt Vaida Voevod Ministerpräsident wird, oder ob er nur die soeben wiederum übernommene Führung seiner Partei beibehält, ist letzten Endes gleichgültig, da Maniu so oder anders den entscheidenden Einfluss auf die Politik des Staates besitzen wird. Das veranlasst die Minderheiten und ihre Freunde aber daran zu denken, dass Maniu seine vorige Ministerpräsidentschaft beenden musste, ohne sein Wort bezüglich des einzuführenden Minderheitengesetzes und anderer damit in

Verbindung stehender Massnahmen zugunsten der Nationalitäten zu halten. Man erinnert sich in diesem Zusammenhange daran, dass Iuliu Maniu sich mit dem Versprechen bezüglich des Minderheitengesetzes nicht nur gegenüber den Minderheiten Rumäniens, sondern bis zu einem gewissen Grade auch gegenüber denen der anderen Staaten und ihres Verbandes engagiert hat, denn er liess sie wissen, dass ihm sehr daran gelegen sei, dass sein Vertrauensmann, der Abgeordnete Ghica Popp, Dank ihnen die Möglichkeit zu einem umfassenden Studium der Lage und der bereits geschaffenen Rechtsnormen bei allen anderen Minderheiten erhielte. Niemand ist auch freudiger begrüsst und empfangen worden, als Ghica Popp, der Vertrauensmann des rumänischen Ministerpräsidenten, dessen guter Wille und Ernst beim Studium seiner Aufgabe bei allen, die ihn kannten und auf der Reise kennen lernten, ausser einem jeden Zweifel stand und auch heute noch steht. Die Ergebnisse der Reise Ghica Popp's sind jedoch aller Welt ein Geheimnis geblieben, denn je länger Iuliu Maniu und seine Regierung am Ruder blieben, je weniger wollten sie sich ihres Versprechens, die Minderheitenfrage im Lande durch ein umfassendes Gesetz zu lösen, erinnern. Gerechterweise muss auch zugegeben werden, dass verschiedene plötzliche Schwierigkeiten, die auf den anderen staatlichen Gebieten entstanden, die Aufmerksamkeit der Regierung in hohem Masse beanspruchen. Diese Schwierigkeiten wird es aber, sowie die Dinge heute liegen, in Rumänien noch lange geben und darum ist hierin wohl kein Grund dafür zu sehen, dass die nunmehr erneut zum Ruder gelangten Nationalzaranisten das Versprechen ihre Führers, die Minderheitenfrage durchgreifend zu lösen, dauernd übergehen dürften. Übrigens herrscht bei weiten Kreisen der Minderheiten Rumäniens und in Sonderheit bei denen der Ungarn, jetzt die Ansicht vor, dass die Nationalzaranisten gleich den Liberalen und den anderen rumänischen Parteien die Fragen der Minderheiten einfach nicht lösen wollen und dass die ganze Expedition Popp's, an dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit allerdings niemand zweifelt, einem bewusst oder unbewusst durchgeführten Bluff gleichzustellen wäre. Doch es gibt bei den Minderheiten aber auch heute noch solche Personen, die an den guten Willen Iuliu Maniu's glauben. Von ihnen wird der Standpunkt vertreten, dass das seinerzeit gegebene Versprechen jetzt, wo die Nationalzaranisten erneut an der Re-

gierung sind, in voller Kraft auch weiter bestünde. Sie hoffen, trotz aller Enttäuschungen, dass nunmehr der Augenblick gekommen ist, wo die Nationalzaranisten endlich an die Einlösung des seinerzeit gegebenen Versprechens und damit an die Lösung des trotz aller Aktualität der wirtschaftlichen Fragen bedeutsamsten Problems des rumänischen Staates gehen würden.

*

In der „Presse-Wochenschau" lesen wir interessante Äusserungen über die Frage, ob die Minderheiten richtig vorgehen, indem sie die Wahlen mit selbständiger Liste abhalten, oder sich in einem Minderheitenblock vereinigen, resp. ein Wahlkartell schliessen. Hierüber schreibt sie Folgendes:

Diese Frage, der auch eine grundsätzliche Bedeutung zukommt, wird jetzt nach Abschluss der Wahlen in den Kreisen der Minderheiten Rumäniens und speziell in denen der deutschen Partei behandelt. Unter dem Titel „Ein völkisches Gebot" spricht sich Chefredakteur Hermann Plattner im „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt" dazu in der folgenden Weise aus. Er erwähnt, es wäre der „Eindruck zurückgeblieben, ein zweites Mal dürfen wir einer solchen Situation der Ungelöstheit nicht mehr ausgesetzt sein. Das allgemeine Bekenntnis zu der deutschen Liste als der besten Parole für unsere Wahlpolitik konnte nicht in die Tat umgesetzt werden, weil über ihre Wahlkraft verlässliche Unterlagen fehlten und weil die Auswirkung der Gegensätze, die namentlich im Banat bestanden, nicht abzuschätzen war. Gegen ein Zusammengehen mit anderen Minderheiten des Landes aber wurde geltend gemacht, unsere Wählerschaft in den Landgemeinden werde für diese Parole kein Verständnis haben und werde ihr die geschlossene Gefolgschaft versagen. Wenn Stichhaltigkeit dieses Argumentes noch so fragwürdig ist, der Gegenbeweis konnte nicht erbracht werden. So fiel der Beschluss zugunsten des Wahlkartells mit der Regierungspartei, weil eine andere bessere Lösung nicht entsprechend vorbereitet war." (Anm.: Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, dass grundsätzlich ein Wahlkartell mit den Parteien des Mehrheitsvolkes ohne Schaden für das Ansehen und die Autorität der Organisation der Minderheit nur dann eingegangen werden kann, wenn die betreffende Partei der Mehrheit theoretisch und praktisch die Rechte der Minderheiten anerkennt und berücksichtigt. Die Schaffung eines Minderheitenblocks hängt praktisch von

den verschiedensten Voraussetzungen, vor allem von einer gewissen Einheitlichkeit in den Einstellungen der betreffenden Minderheiten zum Staate selbst ab. Auch in Fällen, wo ein Minderheitenblock praktisch nicht in Frage kommt, muss aber gefordert werden, dass die Minderheiten ihre Solidarität wahren und nicht gegeneinander, direkt oder indirekt, in den Kampf treten. Was ausschliesslich die eigene Liste der Minderheiten betrifft, so muss sie zweifellos als ein erstrebenswertes Ideal angesehen werden – vorausgesetzt natürtich, dass die Bildung eines Minderheitenblockes nicht zweckmässiger erscheint – doch hängt auch ihr Zustandekommen nur zu oft von den vorhandenen Wahlbestimmungen und ähnlichen Tatbestanden ab. Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Frage: eigene Liste, Minderheitenblock oder Wahlkartell sich nicht schematisch nach bestimmten Regeln, sondern nur entsprechend der örtlichen Bedingungen entscheiden lässt, dass aber wohl bestimmte Grundsätze und Richtlinien erkennbar sind, nach denen das Vorgehen der Minderheiten gestaltet wird.

*

Weiterhin lesen wir in der Presse-Wochenschau:

Günstige Ergebnisse der Parlamentswahlen in Rumänien.

In Rumänien haben die letzten Wahlen besonders interessante und erfreulicherweise auch günstige Ergebnisse für einige der Minderheiten gehabt. Das gilt vor allem von den Ungarn, bei denen es nunmehr schon eine Tradition geworden ist, selbständig, d. h. mit der eigenen nationalen Liste, in die Wahl zu gehen. Die Ungarn haben auch diesesmal ihre Position ganz ausgezeichnet behauptet. Das Gleiche gilt von der jüdischen Reichspartei, die ebenfalls selbständig in die Wahl ging und fünf Abgeordnete durchsetzen konnte. Dabei ist es ihr gelungen, die Kandidaturen so zu gestalten, dass alle jüdischen Siedlungsgebiete jetzt durch ihre hervorragenden Führer mit Doktor Mayer Ebner (Bukowina), Dr. Josef Fischer (Transylvanien) und Michael Landau (Bessarabien) an der Spitze im Parlamente vertreten sind. Den eigentlichen Wert des Erfolges, den diejenigen Minderheiten in Rumänien erzielt haben, die mit eigenen nationalen Listen in den Wahlkampf gingen, kann man jedoch erst dann ermessen, wenn man sich in die Äusserungen ihrer Presse vertieft und den ganzen nationalen Antrieb, den dieser Sieg ihnen gebracht hat, erfassen kann.

Zum Wahlkartell mit der Regierungspartei.

Im Vergleich mit diesen Stimmen tragen die Äusserungen derjenigen Minderheiten, die nicht selbständig den Wahlkampf bestritten, sondern im Schlepptau einer der grossen rumänischen Parteien in den Kampf zogen, einen ganz anderen Charakter. Das gilt vor allem von den Deutschen, die sich mit den heute regierenden Nationalzaranisten in einem Wahlkartell befanden. Auch die Deutschen haben ihren Besitz, d. h. die Zahl ihrer Parlamentarier, behaupten können, doch erweist es sich, dass die Führung der deutschen Parteien an die Volksgenossen vieler Siedlungsgebiete mit der Forderung des Zusammengehens mit der regierenden Partei des Mehrheitsvolkes eine sehr grosse Anforderung stellte. Die deutsche Presse in der Bukowina und Bessarabien betont es ganz offen, dass angesichts des bisherigen Versagens aller rumänischer Parteien und ihrer Regierungen bei der Lösung der Minderheitenfrage die deutschen Wähler sich dem Spruche der Parteileitung einfach nicht mehr fügen wollen. Ja, es unterliegt auch keinem Zweifel mehr, dass in Bessarabien ein Teil der Wähler diesem Spruche überhaupt nicht mehr gefolgt ist. In einer Betrachtung zum Wahlergebnis führt die „Deutsche Tagespost" in Czernowitz aus, dass es an der Zeit wäre, die Vorbereitung für eine künftige Wahl rechtzeitig zu treffen und dass dann als Losung wohl nur die Aufstellung einer eigenen deutschen Liste in Frage käme. Das Blatt wendet sich auch gegen die Behauptungen der deutschen Presse in Siebenbürgen, laut welchen das Wahlkartell mit den Nationalzaranisten mit Rücksicht auf die Uneinigkeit unter den Wählern einiger deutscher Siedlungsgebiete notwendig geworden wäre. (*Anm.:* Hierzu muss festgestellt werden, dass es – allerdings nur im letzten Augenblick – zu einer Einigung der deutschen Wähler im Banate gekommen ist. Durch diese neueste Entwicklung im Banat ist eine erfreuliche Änderung eingetreten, die, so darf man annehmen, künftig auch die Entscheidung der deutschen Parteileitung bezüglich einer eigenen deutschen Liste anlässlich der nächsten Parlamentswahlen beeinflussen dürfte.)

Gleich den Deutschen war auch seitens des massgebendsten Teiles der Ukrainer in der Bukowina ein Kartell mit der nationalzaranistischen Partei abgeschlossen worden, laut dem den Ukrainern ihre Vertreter im Parlamente gesichert wurden.

Es scheint aber, dass auch die Ukrainer über dieses Kartell mit der rumänischen Partei keine reine Freude empfunden haben, Ueberblickt man die Entwicklung der Dinge, wie sie sich anlässlich der letzten Wahlen bei den einzelnen Parteien Rumäniens gestaltet haben, so kommt man zur Überzeugung, dass das Natürliche für die Minderheiten in einem Staate zweifellos die Aufstellung einer selbständigen nationalen Liste darstellt, es sei denn, dass es beim Mehrheitsvolke Parteien gibt, deren Haltung gegenüber den Rechten der Minderheiten nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis eine einwandfreie ist. Zum Schluss sei noch vermerkt, dass die nationalzaranistische Regierung auch dieses Mal für „reine Wahlen" gesorgt hatte.

Die Einfügung des Sprachenrechtes der Minderheiten in das Verwaltungsgesetz.

Am 9. September nahm in der rumänischen Kammer Abg. *Dr. Muth* im Namen der Deutschen Partei zur Abänderung des Verwaltungsgesetzes Stellung und beantragte bei Art. 1 Absatz 3 folgende Einfügung :

„Die Entscheidung des Präfekten ist ausser der Staatssprache auch in der Sprache der Minderheitsbevölkerung kundzutun, falls diese zumindest 20 Prozent der Gemeindebevölkerung beträgt."

Ich begründe, sagte Dr. Muth, kurz meinen Antrag wie folgt: Es ist recht und billig, dass die Minderheitsbevölkerung von allen Entscheidungen, Gesetzen und Verordnungen der Behörden, in ihrer Muttersprache in Kenntnis gesetzt werde. Wo immer die Rechte der Minderheiten gesetzlich geregelt wurden, ist dieses Naturrecht der Muttersprache ausdrücklich anerkannt worden. Es ist leider wahr dass in unserem Lande die Rechte der Minderheiten eine gesetzliche Einverleibung in die Staatsverfassung noch immer nicht erlangt haben. Es wurde aber seitens des Herrn Ministers in der Kommission betont, dass im Herbst gelegentlich der allgemeinen Abänderung des ganzen Verwaltungsgesetzes auch die Sprachenrechte der Minderheiten

ihre gesetzliche Lösung finden werden. Wir wollen hoffen, dass dieses Versprechen in der Tat umgesetzt wird. Ich will dieser meiner Hoffnung einen umso betonteren Ausdruck verleihen, da wir bei den letzt verflossenen Wahlen Gelegenheit hatten, uns davon zu überzeugen, dass alle rumänische Parteien ihre Manifeste und Flugschriften mit besonderer Vorliebe an die Wähler der Minderheitsnationen in ihrer Muttersprache richteten, wo auch feierliche Versprechungen abgegeben wurden für die Verwirklichung der Minderheitenrechte. Wir wollen also hoffen, dass diese Versprechungen ernst waren, umso mehr, da allen voran die geschichtlichen Beschlüsse von Karlsburg dieselben Verheissungen beinhalten.

Die letzten Ausführungen des Herrn Duca, die bezüglich der Minderheitenfrage in dem Satze ausklangen: „Nicht Gesetze, sondern eine gute Atmosphäre sichern am besten die Rechte der Minderheiten", – können uns nicht befriedigen.

Zwischenrufe seitens der Liberalen Partei: „Was denn?"

Dr. Muth: Vor allem ein klares und gutes Gesetz, was dann selbstverständlich auch eine gute Atmosphäre ergeben wird. Also beides ist notwendig, ein gutes Gesetz und eine gute Atmosphäre. Die Theorie der „guten Atmosphäre" allein ohne klare gesetzliche Verbriefungen führt nur zur Hypokrisie und öffnet Tür und Tor einer scheinheiligen Willkür, wozu wir eine ganze Menge von Beispielen anführen können. Clara pacta, boni amici! Klare Abmachungen, – gute Freunde. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Deutschen Partei anzunehmen. (Applaus bei den Minderheiten und Sozialisten.)

Aurel Vlad: „Ich wollte an der Debatte nicht teilnehmen, aber als einer von denen, die die Nationalversammlung von Karlsburg geführt hatten, erkläre ich, dass ich den Antrag des Herrn Dr. Muth annehme. Der rumänische Staat muss auf sittlichen Grundsätzen aufgebaut werden. Es ist die Pflicht des rumänischen Staates, die Gesetze und Verordnungen der Bevölkerung in ihrer Muttersprache zur Kenntnis zu bringen, damit die Gesetze und Verordnungen auch verstanden werden können. (Lebhafter Beifall und Applaus von allen Seiten des Hauses.) Wir im Komitate Hunedoara hatten nur einen einzigen magyarischen Vertreter im Komitatsrate, ich als Präsident liess es aber immer zu, dass der Vertreter der Magyaren sich der magyarischen Sprache bediene, weil ich der Ansicht bin, dass dies ein

Naturrecht sei, das niemandem geraubt werden darf. Im Ausfluss dieser meiner Ansicht empfehle ich Ihnen die Annahme des Antrages des Herrn Dr. Muth (langandauernder Applaus bei den Minderheiten, Sozialisten und mehreren National-Zaranisten).

C. Algiu (Referent des Gesetzentwurfes): „Meine Herren, wir kommen im Herbst mit einem Vorsch'ag bezüglich des ganzen Verwaltungsgesetzes und werden dort eine generelle Lösung aller wichtigen Fragen beantragen. Ich bitte also im Einvernehmen mit Herrn Minister Calinescu, den Antrag derzeit zurückzustellen. (Zurufe seitens der Deutschen Partei: „Diesen kleinen Vorschuss könnten Sie doch schon jetzt geben!" „Wir bitten um Abstimmung!".)

Präsident lässt mit Händeerheben abstimmen. Die Mehrheit ist für die Abweisung des Antrages.

Wales als Vorbild für Osteuropa.

Der bekannte Vertreter von Wales im englischen Parlament und Freund der Minderheiten, *F. Llewellyn Jones*, der, wie man sich erinnert, auch anlässlich des VI. Nationalitäten-Kongresses interessante Mitteilungen über die Lösung der nationalen Frage in Wales machte, hat auf dem soeben stattgehabten keltischen Kongress in Trur, in umfassenden Ausführungen die Ungelöstheit des europäischen Nationalitätenproblems und das Beispiel, das die Verhältnisse in Wales diesbezüglich darstellten, behandelt. Er ging davon aus, dass in verschiedenen der mittel- und osteuropäischen Staaten die Minderheiten noch mehr als vor dem Kriege unterdrückt würden und dass gerade auch von Seiten solcher Völker, die früher selbst für ihre Volkstumrechte zu kämpfen gehabt hatten. Der Genfer Völkerbund-Mechanismus hätte in dieser Frage versagt und die grossen Staaten an die Verträge gebunden, stünden diesen meist indifferent, oder gar feindlich gegenüber. Dabei käme es gerade auch im Interesse des europäischen Friedens darauf an, eine volle Anerkennung der „nationalen Individualität" für alle Volksgruppen in Europa durchzusetzen. Irland und Wales hätten die Anerkennung dieser Rechte allgemein erreicht. Llewellyn Jones führte dann aus, wie die Verhältnisse in Wales zu einem

Beispiel für die Regelung im Osten Europas werden müssten. Er betonte auch den Unterschied, der diesbezüglich in Frankreich bei der Behandlung der Bretonen bestehe. In Frankreich wäre alles der zentralistischen Pariser Autorität unterworfen. Den Bretonen spräche man das Recht auf eine Berücksichtigung ihrer völkischen Individualität ab. Man sage ihnen „Ihr seid französische Staatsbürger mit den vollen Rechten und Pflichten aller Franzosen. Was könnt Ihr Euch noch mehr wünschen."

Die Ukrainer Rumäniens und das Wahlkartell.

Bekanntlich hatten auch die Ukrainer ein Wahlkartell mit der regierenden nationalzaranistischen Partei abgeschlossen, auf Grund welchem sechs ukrainische Abgeordnete und zwei Senatore, darunter auch Dr. von Zaloziecky gewählt wurden. Trotz dieses verhältnismässig günstigen Ergebnisses stellt das ukrainische Organ, der „Tschas" fest, dass im ukrainischen Lager verschiedentlich Unzufriedenheit wegen das Zusammengehens mit den Nationalzaranisten bestehe, u. zw. weil dieses Zusammengehen „vom Volke vielfach nicht verstanden wird und dazu führe, die nationale Kampflust herabzumindern und die Wähler politisch gleichgültig und verständnislos zu machen." In diesem Zusammenhange weist das Blatt auf die vorbildliche Haltung der Ungarn hin und schlägt vor, dass die ukrainischen Parteien in Zukunft selbständig vorgehen oder zumindest doch mit den anderen Minderheitsparteien zusammengehen sollen.

Die Forderungen der Bulgaren in Rumänien.

Die Bulgaren der Dobrudscha, deren Lage in Bezug auf ihre kulturellen Einrichtungen und vor allem ihr Schulwesen, besonders viel zu wünschen übrig lässt, sind auf Grund der Wahlergebnisse durch vier Abgeordnete, die alle der nationalzaranistischen Partei angehören, vertreten. Diese Partei, die grundsätzlich eine Anerkennung der Volkstumsrechte vertritt, hat

noch seit der Zeit als sie in der Opposition war, einen beträchtlichen Anhang bei den Bulgaren Rumäniens erworben. Das Organ der Minderheit „Novo Edinstvo" appelliert dann auch an die vier bulgarischen Abgeordneten und fordert von ihnen, dass sie im Sinne der elementarsten Ansprüche ihrer Gruppe bei der Regierung intervenierten. Vor allem sollten sie erzielen – schreibt das Blatt – dass Volksschulen mit bulgarischer Sprache in den Dörfern der neuen Dobrudscha gegründet würden, wo die Bulgaren bekanntlich in einer kompakten Masse siedeln. Das Blatt fordert, dass die Kinder der bulgarischen Bauern bereits mit Beginn des nächsten Schuljahres die Gelegenheit zur Erlernung des Lesens in ihrer Muttersprache erhielten. „Die Lösung der bulgarischen Schulfrage harre bereits seit 10 Jahren einer Lösung" schliesst das Blatt.

Die International Law Assotiation und die Nationalitätenrechte.

Seit Jahren tritt diese in der ganzen Welt geachtete internationale Juristenorganisation für die Rechte der nationalen Minderheiten ein. Man hatte angenommen, dass dieses Eintreten mit Rücksicht auf andere aktuelle Rechtsfragen, die einer Behandlung harren, nunmehr eine Zeit lang unterbrochen werden würden. Erfreulicherweise ist das jedoch nicht der Fall, denn auch der soeben beendete diesjährige Jahreskongress der Union, der in Oxford tagte, hat sich eingehend mit der Frage der Nationalitätenrechte befasst. Der bekannte englische Rechtsgelehrte Roland E. Williams war es, der einen ausgezeichneten Bericht über die Frage der Völkerbund-Tätigkeit abstattete. Dieser Bericht ist vom Kongresse in der Folge dann einstimmig angenommen worden. Es ist von besonderem Interesse, dass anlässlich der Diskussion über den Williams'schen Bericht auch eine Kontroverse mit dem französischen Delegierten Gavare entstand. Der letztere machte geltend, dass durch den Bericht auch das politische Gebiet in die Beratungen mit einbezogen worden wäre, während es in der Union bisher nicht üblich gewesen sei, die Handlungen dieser oder jener Regierung kritisch zu beurteilen. In seiner Erwiderung führte Williams

u. a. aus, dass verschiedene Staaten ja durch Verträge verpflichtet seien, die Rechte ihrer Minderheiten anzuerkennen und es eigentlich so sein sollte, dass über ihre Haltung alljährlich im Völkerbund Bericht erstattet würde, ähnlich wie das bezüglich der Mandate bereits der Fall sei. Der Völkerbund sollte nach Williams eine konsequente Kontrolle zum Schutze der Minderheiten durchführen. Bezüglich des Williams'schen Berichtes sei noch das Folgende hervorgehoben: Williams kritisiert mit grosser Schärfe das passive Verhalten des Völkerbundes gegenüber dem Minderheitenproblem. Er bemängelt u. a., dass weder die Beschwerden der bei dieser oder jener Gelegenheit ungerecht behandelten Minderheiten, noch die Antworten der beschuldigten Regierungen bekanntgegeben würden. Die Folge hiervon sei, dass die klagenden Minderheiten ja nicht einmal zu den Antworten der betreffenden Regierungen Stellung nehmen könnten. Besonders ungünstig sei die Lage der oftmals wenig Schriftkundigen in Osteuropa, deren Beschwerden häufig einfach beiseite gelegt würden. -- Die Lage der Minderheiten überhaupt bezeichnet Williams als wenig zufriedenstellend. Hier habe gerade der Völkerbund eine Hauptaufgabe. Zum Schutze der Minderheiten müssen in Genf ganz neue Bestimmungen eingeführt werden. In den beiden letzten Jahren sei nichts zugunsten der nationalen Minderheiten geschehen. Der Bericht schliesst mit folgenden Worten: „Das Fortbestehen unbeseitigter Minderheitsbeschwerden ist eine Frage, die nicht nur für die in Betracht kommenden Staaten, sondern für den Frieden der ganzen Welt von besonderer Bedeutung ist."

Stellungnahmen der internationalen Organisationen zur Nationalitätenfrage.

Auf seiner Anfang Juli in Paris abgehaltenen Jahrestagung hat sich auch der Weltverband der Völkerbundligen erneut mit dem Minderheitenproblem befasst und zwar sind es zwei Entschliessungen, eine die die Frage der Staatenlosen betrifft und eine, die die Verbesserung des Völkerbundverfahrens behandelt, die auf ihm diesbezüglich zur Annahme gelangten. Seit Jahren

kämpfen hervorragende Mitglieder der Union, so vor allem Sir Walter Napier von der englischen League of Nations Union, Senator Medinger aus der Tschechoslowakei und Leo Motzkin vom Komitee der jüdischen Delegationen bekanntlich für eine Regelung der „Staatenlosen-Frage". Seit Jahren liegen entsprechende Stellungnahmen der internationalen Organisationen vor, ohne, dass sich in der Praxis etwas geändert hätte. Dieses Mal gelangte nun ein Antrag, den die Minderheitenkommission des Verbandes im Oktober 1931 und später im März 1932 in Brüssel ausgearbeitet hatte zur Annahme. In ihm wird ein Appell an die Völkerbund-Versammlung gerichtet, gleichzeitig aber auch eine Aufforderung an die Ligen der Union in den verschiedenen Staaten, damit diese auf ihre Regierungen im Sinne einer Beeinflussung des Völkerbundes einwirken sollten. Mit Recht bemerkt Dr. Otto Junghann, der deutsche Delegierte, dass es sich hier nur um eine platonische Kundgebung handeln könne. Konkreter ist zweifellos die zweite Entschliessung des Verbandes, die sich mit der Frage des Völkerbundverfahrens befasst. In ihr sind trotz des starken Widerstandes, der vor allem von Seiten des polnischen Delegierten, Abgeordneten Stronski, kam, fünf englische Vorschläge zu einer Verbesserung des heute geltenden Völkerbund-Verfahrens berücksichtigt worden. Allerdings bleiben diese Punkte weit hinter den Vorschlägen der englischen Völkerbund-Union und erst recht hinter der Entschliessung des letzten Nationalitäten-Kongresses zurück. Immerhin bedeuten sie dass nunmehr die Unzulänglichkeit des in Madrid geänderten Verfahrens auch vom Weltverband offiziell anerkannt worden ist. Von den fünf Forderungen sei hervorgehoben, dass u. a. die Informierung solcher Petenten, deren Eingaben als nicht annehmbar erklärt wurden, verlangt wird. Ferner wird vorgeschlagen, dass die Dreierkomitees häufiger, d. h. auch während der Sessionen des Rates, tagen sollen und dass sie eine noch grössere Aktivität in ihren Interventionen entwickeln sollen. Schliesslich wird gefordert, dass in Fällen, wo die Dreierkomitees nicht den Beschluss fassen, dass eine Petition auf die Tagesordnung des Rates gesetzt wird, die Gründe dafür im „Journal Officiel" des Bundes veröffentlicht werden sollen. Die letzte Forderung stellte ein Kompromiss dar, denn der englische Vorschlag ging bekanntlich dahin, dass die Ergebnisse der Arbeit der Dreierkomitees in solchen Fällen – was natürlich weit wirksamer

wäre – allen Mitgliedern des Bundes mitgeteilt werden sollten. In seinem Bericht stellt Dr. Junghann u. a. auch fest, dass auf der diesjährigen Tagung des Weltverbandes die Minderheiten selbst nur durch eine sehr geringe Anzahl von Delegierten vertreten gewesen seien. Junghann gibt der Ansicht Ausdruck, dass hier künftig eine Änderung eintreten müsste.

Auch die Interparlamentarische Union hat während der soeben stattgehabten Tagung ihres Rates unter anderem die Minderheitenfrage behandelt. Bekanntlich ist es anlässlich dieser Tagung zu einem französisch-italienischen Zwischenfall und in der Folge zu einem Austritt der Italiener aus der Union gekommen. Dieser Vorgang ist vom Standpunkte einer Behandlung der Nationalitäten-Frage insofern von Interesse, als begreiflicherweise gerade die Delegierten der römischen Regierungskreise stets zu den Gegnern einer Verbesserung der Minderheitenrechte gehörten. Die Aufwerfung der Minderheitenfrage erfolgte diesmal durch den Führer der Parlamentarier aus Spanien und langjährigen katalonischen Delegierten am Nationalitäten-Kongress Direktor Joan Estelrich. In der Rede zur Abrüstungsfrage brachte er zum Ausdruck – u. zw. erinnerte er daran, dass er dieses im gleichen Saal vor etwa einem Jahre auf dem Nationalitäten-Kongress gemacht hatte –, dass eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine jede Abrüstung die Herbeiführung eines inneren Friedens im Staate uud damit die Lösung des Nationalitäten-Problemes sei. Kurz vorher hatte Joan Estelrich auch eine Rede in den Cortez zu Madrid gehalten, in der er mit grösstem Nachdruck den Standpunkt vertrat, dass im autonomen Katalonien die Schul- und Kulturfrage der Minderheiten in einer vorbildlichen Weise gelöst werden müsse.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Boehm, Max Hildebert: «Das eigenständige Volk», Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1932, 389 Seiten.

Der vielverbreiteten Meinung, die Krise, mit der heute insbesondere die europäische Menschheit auf allen Lebensgebieten ringt, könne allein durch politische, gesellschaftstechnische oder wirtschaftliche Massnahmen behoben werden, tritt M. H. Boehm im vorliegenden Werk mit Nachdruck entgegen, indem er hervorhebt, dass eine der Ursachen des Zerfalles der bisherigen politisch-kulturellen Einrichtungen und die zugleich in Erscheinung tretende katastrophale Erkrankung aller aufbauenden, schöpferischen Kräfte im gänzlichen Missverstehen oder blinden Nichtverstehenwollen neuer, sich machtvoll ankündigender seelisch-geistiger Probleme liegt. Die Staatsmänner, Wirtschafts- und Kulturpolitiker operieren mit altüberkommenen oder verworrenen, unklaren Begriffen und, wenn nichts mehr hilft, setzen sie ihre letzte Hoffnung auf gewalttätige Operationen, durch die sie die fiebernden Völker und Reiche retten wollen. Das Neue aber, das nach Verwirklichung drängt, sieht keiner, oder – was noch schlimmer ist – es glaubt keiner daran. Und doch ist gerade in der Politik eine neue Idee, wie der Verfasser meint, berufen, die bestehenden staatlichen und internationalen Rechtseinrichtungen von Grund auf umzugestalten. Es ist dies der Gedanke des *«eigenständigen Volkes»*, der Volklichkeit, der Volkspersönlichkeit, um dessen Erkenntnis und Realisierung heute jene Volksteile einen Verzweiflungskampf führen, die durch die kurzsichtigen Friedensdiktate das traurigste Los zugeteilt bekamen, das Los der vom Mutterlande losgerissenen, der Böswilligkeit und dem Unverständnis der fremden Herrn rechtlos preisgegebenen Minderheit.

Boehm greift bei seiner Kritik der Versuche von Wissenschaftlern und Politikern nach begrifflicher Erfassung des Volkswesens bis auf die Aufklärung zurück. Herder gilt ihm mit Recht als Entdecker der Volkspersönlichkeit als einer seelisch-geistigen Potenz. Der Verfasser weist dann die Unzulänglichkeit der heute besonders stark wirksamen Theorien nach, die Volk mit

Staat, Rasse oder Masse identifizieren. Er wirft diesen Auffassungen Einseitigkeit vor, wennauch anerkannt werden muss, dass sie wesentliche Merkmale des Volksbegriffs erfassen.

Die Ethnokratie, die Volkssouveränität mit Staatssouveränität gleichsetzt, führt zu einer weitgehenden Typisierung und seelischen Verarmung der Volkspersönlichkeit, welcher Zustand in Frankreich, dem klassischen Lande der Ethnokratie, am deutlichsten ausgeprägt ist. Die einseitige Überschätzung der Staatsautorität geht hier so weit, dass man auch Neger und Mischlinge, also Individuen von augenfällig fremdem Volkscharakter, als vollgültige Franzosen akzeptiert, soferne sie sich als Träger der Staatsinteressen erweisen.

Freilich wird nach Boehms Meinung auch die völkische Theorie des Nationalsozialismus, die Volk auf Rasse zurückzuführen sucht, dem Wesen des Volkes nicht voll gerecht. Dieser exklusive Standpunkt, der nur solche Individuen als Volkszugehörige anerkennen will, die bestimmte Rassenmerkmale aufweisen, kann in wichtigen Fällen grossen Schaden anrichten. Dort nämlich, wo Personen den rassischen Ansprüchen nicht genügen, jedoch durch ihre opferfreudige Hingabe an die kulturell-nationalitäre Sendung eines Volkes sich als echte Volkszugehörige legitimieren.

Diese beiden Richtungen behindern zwar die Entfaltung der Volkspersönlichkeit, dagegen würde die marxistische Soziologie, falls ein Volk die ihrem Programm zugrundeliegende Mentalität sich aneignen würde, zur Abtötung alles volklichen Lebens führen. Für den Sozialismus ist der Staat eine gesellschaftliche Organisation und das Volk die gestaltlose Masse, die organisiert wird. Volk ist hier also eine Anhäufung von Einzelindividuen (Atomen), deren Gesamtheit Eigenständigkeit nicht zukommt. Massgebend für die staatliche Organisation sind ausschliesslich wirtschaftliche Interessen. Die Eigengezetze der Wirtschaft bestimmen den politischen wie kulturellen Geschichtsablauf, eine eigenständige Volkspersönlichkeit – sei es auf welchem Gebiet immer – kann es danach gar nicht geben.

Neben diesen drei sind bei Boehm noch eine Reihe weiterer Theorien berücksichtigt. Sie alle erfassen wohl manchen richtigen Zug, der für die Bestimmung des Volkswesens bedeutungsvoll ist. Aber einen allgemein gültigen und anwendbaren Volksbegriff geben sie nach des Verfassers Meinung nicht.

Nach diesem kritischen Überblick erwartet der Leser mit grosser Gespanntheit, wie nun Boehm selbst die Frage nach dem Wesen des Volkes beantwortet. Leider sieht er sich in manchen seiner Erwartungen enttäuscht. Denn Boehm zählt wohl eine Fülle von interessanten Merkmalen auf, die er zum Volksbegriff in Beziehung setzt, aber stets, sobald es zur Definition dieses Begriffes kommt, begnügt er sich mit unklaren, ansatzartigen Andeutungen. Das Volkswesen wird durch noch so viele aufgezählte Eigenschaften – das betont der Verfasser immer wieder – nicht erschöpft, es ist eine höhere mystische Synthese, deren Wesen sich nur offenbaren, die aber nicht verständlerisch analysiert werden kann (S. 186). Man würde nun erwarten, dass der Verfasser, sei es in der Sprache der Metaphysik, Religion oder sonstwie, dem Leser mitteilen würde, wie sich ihm die mystische Wesenheit des Volkes offenbart hat. Boehm verweist aber auf das praktische Leben, das hier allein antworten könne. Das Volkswesen müsse erlebt werden und wer es erlebt hat, werde die Andeutungen des Verfassers schon verstehen. Boehm bekennt allerdings, dass seine diesbezüglichen Ausführungen unzulänglich seien. Das enthebt ihn aber unserer Meinung nach nicht der Verpflichtung, die Bedeutung eines Begriffes, dem ein so umfangreiches, an den Leser einige Ansprüche stellendes Buch gewidmet ist, ob nun durch wissenschaftliche Analyse oder metaphysisch-intuitive Schilderung, dem Verständnis näher zu bringen.

Anscheinend liegt hier ein beachtenswerter Einfluss der jüngsten Impulse der neupositivistischen Philosophie auf die Gedankengänge Boehms vor. Diese philosophische Richtung fordert die Konstituierbarkeit jedes wissenschaftlichen Begriffes aus empirisch-physikalistischen Kriterien. Begriffe, bei denen dies nicht möglich ist, können bestenfalls durch eine Art mystisch-poetische Schwärmerei bestimmt werden. Alle metaphysischen Begriffe z. B. sind dieser Art. Aussagen, in denen solche Begriffe vorkommen, sind prinzipiell durch keine Erfahrung kontrollierbar, gehören deshalb in keine Erfahrungswissenschaft und werden vom Neupositivismus als sinnleer abgelehnt. Boehm nimmt nun Bewusst gegen diese Affassung Stellung. Sein Volksbegriff ist ein metaphysischer Begriff und will nichts anderes sein. Anderseits aber will sein vorliegendes Buch in erster Linie ein streng wissenschaftliches Werk sein, weshalb der Autor von

der auch seiner Meinung nach einzig möglichen mystisch-poetischen Inhaltsbestimmung des Volksbegriffes Abstand nimmt. So wirft das Buch ein grosses Problem auf und antwortet darauf mit einem Fragezeichen.

Es kommt diese übervorsichtige Einstellung bei der Besprechung der heute bestehenden nationalitären Rechtseinrichtungen und dann im Entwurf der „Volkstheorie", die der Verfasser der seit zwei Jahrtausenden allein herrschenden Staatstheorie entgegenstellt, in auffallender Weise zur Geltung.

Die Lösung der Nationalitätenfrage in der Schweiz, die heute den meisten Führern der europäischen Minderheiten als nachstrebenswertes Ideal gilt, beurteilt der Verfasser in sehr abfälliger Weise. Durch die Einteilung des Landes ist fast völlig autonome Kantone („Unterländerung"), wird ein Lokalpatriotismus grossgezüchtet, der eine gefährliche Zersplitterung des Volksbewusstseins bedeutet. So fühlt sich der Schweizerdeutsche nicht mehr als deutschen Volksangehörigen, sondern die Bevölkerung seines Kantons ist ihm zur selbständigen Nation geworden.

Auch die in Estland den Minoritäten eingeräumte Kulturautonomie hält Boehm nicht für eine ideale Lösung des Minderheitenproblems. Hier wird wohl der Überstaatlichkeit der volklichen Interessen Rechnung getragen und der seelisch-geistigen Entfaltung der Volksgruppen Raum gegeben, aber die Verbundenheit von Land und Volk nicht genügend berücksichtigt. Volk ist nicht bloss rein geistige Persönlichkeit, sondern nicht minder wichtig als die Ansprüche des Personalismus sind die des Territorialismus, der Land- und Staatsgebundenheit des Volkes. Man kann sagen, dass der Autor alle wichtigen einschlägigen Grundbegriffe, mit denen heute Politik und Wissenschaft arbeiten, untersucht, ihren Subtilitäten nachspürt und durch seine psychologisch tiefschürfende Methode oft zu überraschenden Resultaten gelangt. In welcher Weise aber die Synthese dieser oft heterogenen Ergebnisse in der „Volkstheorie" erfolgen soll, geht aus den Ausführungen des Autors nicht hervor. Boehm betont mit Recht, dass die Volksgemeinschaft neben Staat und Kirche ein dritter neuer Bereich sei. Er folgert daraus die Notwendigkeit der organischen Zusammenfassung der Einzelergebnisse in einer „Volkstheorie", aus der Rechte und Pflichten des Volkes abgeleitet werden bzw. nach welcher die exekutiven

Institutionen sich richten können, aber entsprechend dem nicht genügend geklärten Volksbegriff bleibt auch der Entwurf der Volkstheorie in einigen verstreuten metaphysischen Andeutungen stecken.

Der praktische Politiker wird aus den erwähnten Gründen aus Boehms Buch kaum unmittelbar seine Waffen holen können, denn Fragezeichen sind keine Waffen. Dem Gelehrten dagegen, der sich nicht rasch mit Ja oder Nein entscheiden muss, wird das Werk durch seine erstaunliche Fülle an zusammengetragenem und untersuchtem Material und nicht zuletzt durch die ausführlichen Literaturhinweise im Anhang mit umso grösserem Nutzen an die Hand gehen.

Dr. B. JUHOS.

DOCUMENTE.

Discursul D-lui Elemér Gyárfás despre alegerea senatorului din Oderheiu în cursul şedinţei senatului la 2 August 1932.

D-l Elemér Gyárfás: D-le preşedinte, d-lor senatori, mesajul care s'a citit Sâmbătă la Cameră, începe cu cuvintele, că Regele a convocat corpul electoral, pentruca voinţa naţiunii să se poată manifesta nestânjenită, şi constată mai departe Maiestatea Sa Regele că guvernul de alegeri ar fi îndeplinit cu stricteţă misiunea de a asigura libertatea, ordinea şi legalitatea noei consultări a ţării şi spune că ţara a trimis astfet în Corpurile legiuitoare pe mandatarii săi liberi aleşi, chemaţi să reprezinte drepturile şi interesele naţiunii.

D-lor senatori, am fi încântaţi dacă ne-am putea asocia la aceste frumoase cuvinte şi precum la ultimele alegeri, pe cari le-a făcut partidul Naţional-Ţărănesc în 1928, dela această tribună colegul meu, d-l senator Sandor, cu glas tare a recunoscut şi a strigat faţă de atacurile aduse de opoziţia de atunci, în contra guvernului şi contra partidului Naţional-Ţărănesc, că alegerile dela 1928 n'ar fi fost curate, colegul meu a strigat cu glas tare că nu este adevărat, şi a declarat că alegerile din

1928, făcute de partidul Național-Țărănesc, au fost curate, cum am spus, am fi încântați dacă am putea repeta și astăzi aceste cuvinte, cari au făcut o mare impresiune atunci și în țară și în streinătate.

Guvernul Național-Țărănesc a fost atacat atunci și în fața străinătății, din partea opoziției românești, că alegerile n'au fost libere și eu știu foarte bine că au fost foarte bine apreciate aceste declarațiuni, că noi am recunoscut că aceste alegeri au fost curate.

— Fiind ora 8, Senatul, consultat, aprobă prelungirea ședinței.

D-l Elemér Gyárfás: Dacă mi s'ar pune întrebarea, cum au decurs în Ardeal, cel puțin în județele unde noi, minoritarii maghiari, suntem interesați alegerile pentru Cameră și alegerile senatorilor, sub votul universal, eu cred că, cu unele excepțiuni, am putea declara și astăzi că acestea au fost libere. (Aplauze).

Regret însă foarte mult că în cele 3 județe secuești, la alegerea senatorilor a colegiului consiliilor comunale și județean, au fost comise fapte foarte dureroase, căci au fost întrebuințate metodele pe cari le-am cunoscut în trecut. Niciodată n'am crezut că reprezentanții partidului Național din Ardeal ar putea vreodată face uz și abuz de aceste metode pe care chiar dânșii le-au criticat în modul cel mai categoric.

D-lor senatori, trebue să știți că județul Odorhei este un județ unde populațiunea, peste 90%, este maghiară, și la alegerea pentru Cameră, partidul Maghiar a obținut majoritatea absolută; la fel și la alegerea de senatori, dela 20 Iulie, pentru colegiul universal, unde senatorul Balog a fost ales cu o mare majoritate de voturi. Totuși, în aceste alegeri ale colegiului consiliilor comunale și județean din acest județ, cu majoritate de peste 90% maghiari, a căzut candidatul partidului Maghiar! Eu cred că este de datoria mea să lămuresc opinia publică asupra faptelor cari au fost comise în acest județ deoarece vroim să spunem că numai unele organe subalterne, cari nu s'au putut ridica la înălțimea dela care privesc fruntașii partidului Național-Țărănesc îndatoririle lor patriotice, numai aceste organe au comis aceste fapte regretabile și cei responsabili nu se vor identifica cu aceste fapte.

D-lor, în acest colegiu sunt 914 alegători. Noi, după cum au decurs alegerile senatorilor la votul universal, nici nu am

bănuit că se vor întrebuința iarași aceste metode pe cari, — cum am spus, — le-am cunoscut într'un trecut foarte dureros.

Cu toate acestea, în preziua alegerii, conducătorii din toate comunele, ai partidului nostru, au aflat vestea că jandarmii umblă pe la toți consilierii, a căror listă le-a fost predată, ca să-i provoace să predea certificatele lor de alegători, și au fost înștiințați toți să nu se prezinte la alegeri, pentrucă nu se vor ține, și cei cari se vor prezenta, vor fi pedepsiți. Chiar și din modul cum a fost fixat cercul de votare în acest județ, foarte mare, se dovedește, că scopul conducătorilor a fost ca să împiedice majoritatea consilierilor, să meargă la vot. Nu a fost împărțit în secțiuni de votare, ci a fost o singură secțiune de votare în capitala județului, așa că consilierii cari au locuit mai departe, au trebuit să facă 50, 60, 70, 80 kilometri.

In aceste împrejurări, văzând acest lucru trist, candidatul nostru, d-l Sebesi, fost subprefect, a trimis în preziua alegerilor o telegramă d-lui prim-ministru Vaida, înștiințându-l că are informații precise că la alegerile de Duminică, jandarmii vor împiedica pe alegători de a veni în zona de votare, după sistemul deja cunoscut, și incheia: „Rog dispozițiuni telefonice".

Această depeșă nu a fost la timp expediată și este foarte interesant acest lucru. Atunci când a fost predată la poștă, din ce motiv nu se știe, un funcționar poștal a spus: „D-ta, ceri ceva dela ministru, prinurmare această telegramă este o petiție, și dacă este o petiție, atunci trebue să pui timbre de 11 lei și 1 leu aviație". Până a fost înștiințat candidatul nostru ca să aducă timbre, a venit ziua alegerii și aceasta a fost cauza că d-l prim-ministru Vaida nu a primit decât cu întârziere telegrama. Aci este recepisa dela poștă, unde se dovedește că de fapt această telegramă a fost prevăzută și cu timbru fiscal de 11 lei, și 1 leu aviație, ca să mărească fondul de aviație al d-lui ministru al apărării naționale.

D-lor, în noaptea alegerilor a fost introdusă în întreg județul o adevărată stare de asediu; posturi de jandarmi au fost instalate pe lângă toate căile de comunicație, pe la toate gările, și jandarmii au declarat că circulația nu este permisă, deoarece vine Regele în județ, și toate drumurile trebue să fie libere, pentruca mașina Regelui să umble fără nici o piedică.

Conducătorii partidului nostru au înștiințat totuși, în preziua alegerilor, pe alegători ca să se caute prin alte căi moda-

litatea de a pătrunde în orașul Odorhei, capitala județului. De fapt, am văzut o adevărată vânătoare prin păduri și prin câmpii, unde jandarmii au fost plasați la toate drumurile țării, iar alegătorii noștri au încercat să pătrundă și să înșele atenția jandarmilor. Așa, de exemplu, din comuna Ocland, advocatul Stefan Mathé și protopopul unitar Ferencz Pal, au fost arestați când veneau dela depărtare de peste 40 de kilometri și au fost ținuți acolo, într'o pădure, cu mai mulți alegători. Numai 2 au putut scăpa și, după ce au făcut 10 kilometri pe jos, au găsit însfârșit un car și cu acesta au putut ajunge la Odorhei. In tot ținutul Baraolt și anume în comunele: Biborțeni, Bărduț, Bațeni-Mic, Racoșul-de-Sus, Filia și Tălișoara, unde sunt în total 70 de consilieri alegători, aceștia au fost complet împiedicați să vină în capitala județului și să ia parte la vot. Din toate aceste comune, din 70 de alegători, unul singur, Isac Barta din comuna Tălișoara, a putut scăpa de sub paza jandarmilor, dar în pădurea Hăsmaș a fost și el reținut de jandarmii din Crăciunel. Moise Elekes, dela care jandarmii au confiscat în preziua alegerilor certificatul de alegator, și care, totuș, fără certificat de alegător a căutat să ajungă în capitala județului, sperând să găsească acolo un duplicat, cu mare greutate s'a dus până la marginea orașului, dar acolo a fost reținut și n,a putut pătrunde. Acei cari, cu toate greutățile, prin cordoanele jandarmilor și cu toată teroarea notarilor, au pătruns totuș în capitala județului, au găsit acolo alte piedici. Inainte de a intra în oraș, polițiștii și detectivii au format acolo un cordon, fiind înarmați cu revolvere. Aceștia n'au lăsat pe nimeni să intre în cercul de votare, dacă n'a fost condus de notar. Așa de exemplu: Nicolae Bogdan. polițai, polițistul Poroche și detectivul Dumitrescu s'au străduit aici să câștige merite.

Alegătorii din Șiclăud au fost reținuți în Mureni. Cei din Sânpaul, Sânmartin și Leuta au fost arestați și reținuți de jandarmi, toată ziua intr'o pădure, ca niște oameni sălbateci. 18 consilieri comunali au fost reținuți în comunele Fened și Keményfalva. Președintele organizației noastre județene, d-l dr. Jodál, și vice-președintele, d-l Hinleder, s'au dus la prefect, d-l Barbat, și au cerut ca să ia măsurile corespunzătoare pentruca alegătorii să poată veni la vot.

Am uitat să vă spun că, în ajun, se retrăsese permisele de circulație dela toate autobuzele și dela toate autotaxicourile. Așa

că delegații noștri au cerut prefectului, în primul rând, să înapoieze șoferilor permisele de circulație. Prefectul a răspuns că aceasta nu se poate, fiindcă permisele de circulație trebuesc să fie revizuite, ca să se vadă dacă s'au făcut sau nu asigurările. In această situație, reprezentanții partidului nostru au găsit, totuș, câteva mașini particulare și s'au dus cu aceste mașini în comuna Zetea, unde fuseseră reținuți 18 consilieri, ca să nu se ducă cumva la vot. Mașina cu care plecase președintele și vicepreședintele nostru, a fost reținută înainte de a ajunge în comuna Zetea de un jandarm, care i-a întrebat unde se duc. Președintele nostru a declarat că se duc să aducă pe alegătorii din comuna Zetea, în baza autorizației verbale a d-lui prefect. Atunci plutonierul de jandarmi a declarat că are ordin strict ca să nu pătrundă nici o mașină în această comună. Atunci președintele nostru a făcut atent pe jandarm că va fi nevoit să facă un denunț contra sa pentru acest abuz. Jandarmul, care se pare că erà om de omenie, l-a rugat foarte frumos pe președinte să nu facă acest lucru, să aibe în vedere că el a primit un ordin strict dela superiorii săi, că el nu este de vină, că el execută numai un ordin și altcum pierde pâinea și copii săi mor de foame.

Așa au fost împiedicați toți acești consilieri să intre în capitala județului.

Din comuna Rugănești, învățătorul Kovács, casierul Molnár și alegătorul Biro, au fost arestați în drum spre Odorhei, iar jandarmii le-au luat cărțile lor de alegători. Prin cordoane au putut ajunge în oraș, numai acei alegători cari au fost conduși de notarii lor. Notarii s'au adresat în toate comunele către consilieri și le-au spus: „D-lor, dacă va fi ales candidatul d-voastre sau nu va fi ales, aceasta nu împiedică sau nu influențează deloc existența sa; dar dacă candidatul guvernului va cădea, atunci eu îmi pierd postul meu și, împreună cu familia mea îmi pierd pâinea. Vă rog deci foarte mult să votați pe acest candidat". Cu ajutorul acestor mijloace, cei slabi au fost terorizați.

Intre timp, în orașul Odorhei, s'a văzut că lipsește o mare massă de alegători. Fruntașii partidului nostru au căutat atunci alte căi, – fiindcă toate căile de comunicație fuseseră închise de poliție și de jandarmi, ca nu cumva alegătorii să vină la localul de vot. Fruntașii noștri au găsit un drum prin cimitirul reformat, care este astfel așezat, că prin el s'ar fi putut ajunge

la localul de vot. S'au dus 12 alegători pe acest drum, şi după ce au sărit două garduri şi au ajuns în cimitir, au constatat că cei cari conduceau alegerea, au fost mai prevăzători decât fruntaşii partidului nostru, – pentrucă deja acolo, în cimitir, erau 4 poliţişti, cari i-au arestat pe aceşti alegători şi nu i-au lăsat să pătrundă până la localul de vot. La fel, toţi acei alegători, cari au vrut să ajungă în capitala judeţului cu trenul, au fost reţinuţi chiar din gările de plecare, şi dacă au vrut să călătorească pe baza cărţilor de alegător, aceste cărţi de alegător le-au fost confiscate, aşa că din judeţul Odorhei, 11 comune nu au votat deloc, iar din celelalte comune au lipsit foarte mulţi alegători, în numar aproape de 300, cu toate că aceşti consilieri sunt obligaţi – sub pedeapsă de 10.000 lei amendă – să-şi exercite dreptul lor de vot.

Au fost admişi la vot numai acei consilieri cari au promis notarilor că vor vota candidatul guvernului. Fără îndoială, că dacă am fi ştiut că asupra alegătorilor noştri se vor exercita asemenea influenţe, am fi dat instructiunea poporului nostru să spună notarilor, că vor vota candidatul guvernului, iar în localul de vot să voteze pentru noi. Nu am vrut însă să învăţăm pe alegătorii noştri cu o asemenea duplicitate.

Cu toate acestea, d-lor senatori, săcuiul are două minţi şi s'au găsit totuş 294 de alegători cari au putut pătrunde prin diverse mijloace în localul de vot şi au votat, în ciuda tuturor făgăduelilor, pe candidatul nostru.

Cred, d-lor senatori, că mijloacele întrebuinţate de organele guvernului, nu sunt cele mai potrivite pentru educaţia cetăţenească.

D-lor, în contra acestei alegeri, noi am depus o contestaţie în scris, semnată de 5 d-ni senatori, conform dispoziţiunilor art. 5 din Regulamentul Senatului. La această contestaţiune au fost anexate 7 documente autentice, prin care am dovedit deocamdată că 116 alegători au fost împiedicaţi de a vota. Având în vedere că diferenţa este 84, această sumă de 116 alegători ar fi suficientă pentru invalidarea alegerii.

Având însă în vedere – cum am spus şi d-lui Maniu eri – că am fost înşelaţi de partidul Naţional-Ţărănesc (protestări), sau mai bine zis, induşi în eroare prin atitudinea guvernului şi a organelor sele, cari au arătat la alegerile pentru Cameră şi pentru Senat, colegiul universal – cu toate că şi aici am avut

plângeri, totuş nu am bănuit, că vom fi expuşi la astfel de metode şi din acest motiv n'am adunat alte date. Prinurmare, ieri, discutând pe larg cu d-l Maniu, preşedintele partidului Naţional-Ţărănesc, această chestiune, i-am expus această situaţiune.

D-lor senatori, în contestaţia noastră noi am mai formulat cererea noastră aşa, încât am rugat ca, avându-se în vedere documentele depuse de noi în primul rând să invalidaţi această alegere, iar aceasta o întregesc în aşa fel, că în al doilea rând, având în vedere împrejurările în care s'a făcut alegerea cererea o punem, în mod alternativ, în aşa formă, încât dacă onoratul Senat doreşte să se convingă că cele expuse de mine sunt adevărate, mai înainte de a se pronunţa în chestiunea invalidări, aş ruga să binevoiască a admite cererea noastră de a se ordona o anchetă parlamentară, pentru ca pe baza acestei anchete parlamentare să binevoiască a lua o hotărîre.

Noi în tot cazul, d-lor senatori, vom trage consecinţele din modul precum se va rezolvi această chestiune. (Aplauze).

Declaraţia Partidului Maghiar la mesaj. Discursul D-lui George Bethlen în cursul şedinţei a camerei la 19 August 1932.

D. G. Bethlen: D-le preşedinte, d-lor deputaţi, unul dintre rezultatele alegerilor parlamentare a fost că marea majoritate a maghiarilor din România a persistat cu fidelitate şi de data această pe lângă partidul maghiar.

Nu pot trece sub tăcere faptul că, spre marele nostru regret, partidul maghiar nu este în situaţia de a recunoaşte că alegerile au decurs în toată ţara şi în orişice judeţ, fără deosebire, cu o perfectă libertate, fără orice abuz al autorităţilor.

Vă declarăm şi de data aceasta că partidul nostru e gata de a sprijini din toate puterile munca legislativă, pentru a atenua şi suprima criza economică, ajunsă la un punct nesuportabil de grav.

Constat că toate partidele politice au recunoscut necesitatea rezolvării problemelor specifice ale minorităţilor etnice. Fiindcă această rezolvare întârzie deja de 14 ani, am onoare a reaminti în mod solemn şi accentuat onoratului partid şi guvern, care se declară a sta pe baza hotărîrilor dela Alba-Iulia, promisiunile date minorităţilor, dar încă nerealizate. Totodată trebue

să constat că nici convenţiunile internaţionale asupra minorităţilor, sancţionate şi prin legislaţia ţării, nu s'au pus în aplicare. Prind deci ocaziunea să cer şi să pretind acordarea acestor drepturi, cari niciodată nu se pot perima, ca prin aceasta să ia sfârşit plângerile noastre politice, culturale şi economice, ceeace este înainte de toate interesul obştesc şi nu numai interesul special al minorităţilor.

Ne rezervăm dreptul de a ne pronunţa în chestiunile menţionate în înaltul mesaj şi programul onoratului guvern cu ocazia desbaterii diferitelor proecte de legi.

D-le preşedinte, d-lor deputaţi, după uzanţele parlamentare, acceptarea răspunsului la mesaj are caracterul unei declaraţiuni de încredere politică. Fiindcă această încredere nu o putem anticipa, cu toate că vrem să aşteptăm cu răbdare activitatea onoratului guvern, trebue să declar, în numele partidului maghiar, că proectul asupra răspunsului la mesaj nu-l putem vota.

Urkunden zu den Kämpfen im Schutze der Minderheitsschulen in Siebenbürgen.

1919–1929.

Verfasser: **Dr. Andreas Balázs**
Prälat-Domherr. XVI.

XXVI.

Gegenstand: **Bitte an den Völkerbund in Anschluss an die eingereichte Klage.**

An Seine Exzellenz den Präsidenten des Völkerbundrates [1]
Genf.

Mit Berufung auf die Petition der siebenbürgischen röm. katholischen, reformierten und unitarischen Konfessionen, datiert vom 6. Mai 1925, sowie unsere weiteren Eingaben gelegentlich der September- und Dezember-Sitzungen des Völkerbundrates, halten wir es für unsere Pflicht, dem Rat über den gegenwär-

[1] Eingereicht am 12. August 1926.

tigen Stand der Angelegenheit und deren Entwicklung den bevorstehenden Sitzungen vorausgehend, folgende Erläuterung mit aller Hochachtung einzusenden.

Am 17. Dezember 1925 nahm auch die Kammer, mit geringen Änderungen den Gesetzentwurf über den Privatunterricht an, wonach der Senat die neueren Änderungen am 18. Dezember bewilligte, der Entwurf wurde danach durch königliche Sanktion zum Gesetz erhoben und als solches am 22. Dezember verkündigt.

Unsere Kirchen können das Gesetz auch in seiner endgiltigen Form nicht als solches betrachten, welches die ihnen bisher von rechtswegen gebührende Schulautonomie und ihre, im Pariser Vertrag garantierten vollen Schulrechte sichert, ja das Gesetz enthält nicht einmal die im Protokoll vom 6. November und seitens des Ministers Anghelescu in Aussicht gestellten 19 Milderungspunkte vollwertig und konsequent.

Über die Mängel des Gesetzes und dessen Verfügungen, die mit den, uns im Pariser Vertrag gesicherten Rechten unvereinbar sind, erklären wir uns bereit, eingehende Motivierung zusammenzustellen, ferner sind wir auch bereit, auf das, seitens unserer Regierung im Dezember zum Rat eingereichte umfangreiche Antwortschreiben – zu welchem wir privatim erst unlängst gelangten – unsere detaillierten Bemerkungen zu tun. Dies letztere wäre vor Abschluss der Angelegenheit auch darum notwendig, da im Antwortschreiben der Regierung uns gegenüber schwere Verleumdungen und verletzende Voraussetzungen enthalten sind, die wir, bei aller Hochachtung, aufs Entschiedenste zurückweisen. Diesen gegenüber betonen wir wiederholt, indem wir uns an den Rat wandten, leitete uns nichts Anderes, als dass wir unsere, mehrere Jahrhunderte hindurch bewährten konfessionellen Schulen behalten, die Kultur und Sprache unseres katholischen ungarischen Volkes bewahren und die uns international verbürgten Rechte sichern wollten. Was in unserer vorhergehenden Eingabe enthalten war, hatten wir mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit zusammengestellt ohne Unwahres zu behaupten. Wir übernehmen alle Verantwortung für die darin enthaltenen Aussagen und unterwerfen uns ruhig der Untersuchung einer eventuell zu entsendenden Kommission.

Auf die gegen uns aufgebrachten Behauptungen müssen wir wiederholt betonen, dass wir für unser Minderheitsvolk keine

Privilegien fordern, sondern die gleiche Behandlung mit den übrigen Staatsbürgern. Unsere Schulautonomie ist auch nicht so gemeint, wie es uns imputiert wird, wir anerkennen sehr wohl das Aufsichtsrecht des Staates, wir verwahren uns bloss gegen die unmittelbare Verfügung und Direktion der staatlichen Unterrichtsbehörden über unsere Schulen. Unsere Kinder wollen wir in den konfessionellen Schulen ausser dem Studium in ihrer eigenen Sprache mindestens derselben Bildung teilhaftig werden lassen, welche die Schüler der Staatsschulen geniessen, wir unterrichten sie in der Sprache und Literatur des Landes, nur die Anforderung, auch andere Lehrgegenstände rumänisch zu unterrichten, halten wir für rechtswidrig. Unsere Lehrkräfte besitzen dieselbe Befähigung wie die der staatlichen Schulen. Wir wollen unsere Schulen, die vor dem Imperiumwechsel in jeder Hinsicht den Staatsschulen gleichkamen, auch zukünftig auf demselben Niveau erhalten wie bis jetzt und hoffen, das Gewähren der unseren Schulen seit einigen Jahren entzogenen Subvention wird sie in die Lage versetzen, sich von den Schwierigkeiten der Übergangszeit zu erholen und von materiellen Sorgen zu befreien.

Wir übergehen des Weiteren das Antwortschreiben der Regierung ebenso wie die eingehende Behandlung der für uns nachteiligen Verfügungen des Gesetzes, indem wir uns das Recht vorbehalten, dies im weiteren Verlauf der Angelegenheit zu berichten.

Gegenwärtig wollen wir dem hohen Rat nur so viel bekanntgeben, dass wir die Regelung unseres konfessionellen Unterrichtswesens noch nicht als abgeschlossen betrachten. Das staatliche Mittelschulgesetz ist noch nicht vollendet, dessen zahlreiche Verfügungen auch auf unsere konfessionellen Schulen auswirken werden. Auch die Vollstreckungsweisung des Privatunterrichtsgesetzes ist noch nicht erschienen. Wir hoffen, dass die Vollstreckungsweisung und andere Verfügungen manche Mängel des Gesetzes ersetzen, dessen einige Verfügungen unserem rechtsmässigen Standpunkt entsprechend erklären, oder mindestens deren Kanten abstumpfen werden und bei dessen Inkrafttreten wir seitens der Regierung die gewünschte Duldsamkeit erfahren werden.

Neuerdings wurden zwischen der Regierung und den Minderheitskirchen Verhandlungen gepflogen, auch verhandelte die

Regierung mit der, die Gesamtheit des Ungartums in Rumänien vertretenden Ungarischen Partei, wobei den Kernpunkt der Besprechungen das Unterrichtswesen der Minderheiten bildete. Diese Unterhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, gewisse Milderungen und die Aussicht auf Staatssubvention wurden uns verheissen. Das zukünftige Situationsbild unserer Schulen hat sich also noch nicht völlig geklärt. Solange dies sich nicht herausbildet, müssen wir uns davon zurückhalten, endgiltig Stellung zu nehmen. Gegenwärtig streben wir mit allem Willen danach, mittels des vonseiten der Regierung zu erhoffenden Verständnisses die befriedigende Lösung der strittigen Fragen herbeizuführen und derart unsere Rechte und die Zukunft unserer Schulen sichern zu können.

Durchdrungen von der Rechtmässigkeit unserer Bestrebungen bitten wir um die wohlwollende Fürsprache des hohen Rates und mit Rücksicht auf die Unklarheit der Situation bitten wir, die Verhandlung der Angelegenheit von der Tagesordnung der März-Session für später zu verschieben.

Im Namen der siebenbürger röm. kath.-, ref.-, unitar.-Konfessionen

Dr. Andreas Balázs
Prälat.

Dr. Arthur v. Balogh
ehemals Professor an der Universität Klausenburg.

XXVII.

Gegenstand: **Aus dem Protokoll der Kommission des Dreierrates des Völkerbundes vom 18. März 1926.**

Petition der siebenbürger katholischen, reformierten und unitarischen Kirchen in Angelegenheit des Privatunterrichtes und die darauf bezüglichen Bemerkungen der rumänischen Regierung. [1]

Eine Kommission, zusammengestellt aus den Vertretern

[1] Nachdem das Protokoll nicht in die Hände der klageführenden Kirchenvertreter gelangte, ist der Text unvollkommen, doch fehlt kein wesentliches Datum, wie sich aus der Durchsicht anderer Mitteilungen ergiebt und inhaltlich stimmt der Text mit dem Original überein.

Grossbritanniens (Präsidium), Frankreichs und Japans, untersuchte die Resolution des Rates vom 25. Oktober 1925 folgend die Frage, welche die siebenbürger röm. kath., ref. und unitarischen Kirchen angelegentlich des Privatunterrichtswesens unterbreiteten, sowie die darauffolgenden Bemerkungen der rumänischen Regierung. Die Durchsicht der wichtigen Dokumente, welche die Petenten und die Regierung dem Rat vorlegten, erforderte mehrmalige Sitzungen der Kommission. Im Verlauf der Letzteren hatte die Kommission Gelegenheit, wörtliche Aufklärung vom rumänischen Delegierten über einige Punkte zu hören. Überdies teilte die Kommission, vermittels der Minderheitssektion des Generalsekretariats einige Punkte mit, welche ihrer Meinung nach besondere Beachtung erforderten und worüber sie ins Reine kommen wollte.

(Hier ist im Protokoll der rumänischen Regierung volle Anerkennung für die Bereitwilligkeit ausgesprochen, womit sie die Arbeit der Kommission erleichterte, darauf wird fortgesetzt):

Der Text der Gesetzvorlage, wovor sich die Petenten verwahren, hatte einige Abänderung erfahren, bevor noch die Petition vor das Sekretariat gelangt war, andere Änderungen waren später vorgenommen. Der Vertreter Rumäniens erklärte vor der Kommission, die Gesetzvorlage sei nicht nur mit den Vertretern der Kirchen, sondern auch mit den Vertretern der übrigen Minderheiten des Landes weitläufig besprochen worden und alle Wünsche der Minderheiten fanden Beachtung, die nicht mit dem Vertrag und den höheren Interessen des Landes in Widerspruch standen. In dieser Hinsicht stellte die Kommission fest, dass anfangs November 1925 in Bukarest Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und denen der klageführenden Kirchen stattfanden. Von diesen Verhandlungen wurde am 6. November Protokoll aufgenommen, worin sich die Regierung verpflichtete, im Parlament gewisse Änderungen, die für notwendig befunden wurden, zu unterstützen. Andererseits übernehmen die Vertreter der petitionierenden Kirchen die Verpflichtung, vor ihren kirchlichen Obrigkeiten die betreffenden Verfügungen aufrechtzuerhalten, „mit dem Bestreben, diese Punkte mögen ihrerseits angenommen werden, damit sie ihre Stellungnahme gegenüber dem Privatunterrichtsgesetzentwurf ändern könnten, womit die Frage erledigt wäre." Obwohl die

Petenten später das Protokoll für nicht ganz zufriedenstellend fanden, so ist nach der Ansicht der Kommission dies doch ein sehr beachtenswertes Resultat der unmittelbaren Berührung zwischen den Vertretern der interessierten Kirchen und denen der Regierung.

Das betreffende Gesetz wurde vom Parlament angenommen und veröffentlicht. Die Kommission fand, der definitive Text des Gesetzes enthielte keine derartige Bestimmung, welche erfordert, dass die in der Kommission vertretenen Ratsmitglieder den Rat aufmerksam machen sollten, in dieser Angelegenheit irgendwelche Verfügung zu treffen. Über einige Punkte könnten Zweifel entstehen, besonders hinsichtlich der Frage, ob die Bestimmung des Artikels 9 des Vertrages eingehalten werde.

Dieser Vertragsartikel spricht das Prinzip der rechtlich und tatsächlich gleichen Behandlung jedes Staatsbürgers aus und erklärt, „den Minderheiten angehörenden Personen stehe das gleiche Recht zu, auf eigene Kosten Schulen zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen mit der Berechtigung, in diesen ihre eigene Sprache frei zu gebrauchen." Die Petenten erklären diesen Artikel so, als würde er die Gleichheit zwischen staatlichen und Privatschulen feststellen. Die Kommission konnte diese Erklärung nicht annehmen. Ihrer Meinung nach bezieht sich die im Artikel 9 gewünschte Gleichheit einerseits auf die Privatschulen der Minderheiten, andererseits auf die Privatschulen der Mehrheit. Nachdem das Gesetz unter bestimmten Bedingungen den konfessionellen Schulen der Minderheiten das Recht zuerkennt, staatsgiltige Diplome auszustellen, ist es grossmütiger, als es die knapp angewandten Bestimmungen des Vertrages erfordern. Andererseits ist es fraglich, ob jene Verfügung des Gesetzes nicht mit dem 9. Vertragsartikel in Widerspruch gerät, laut welcher die Privatschulen der Minderheiten gewisse Lehrgegenstände rumänisch zu unterrichten verpflichtet sind.

Doch der endgiltige Text des Gesetzes sowie die Aufklärungen der rumänischen Regierung scheinen geeignet, die Besorgnisse der Petenten zu verteilen. Die Kommission hat festgestellt, dass im Gesetz den Staatsbehörden äusserst strenges Kontrollrecht eingeräumt ist. Das unbedingte Kontrollrecht des Staates birgt in seiner Ausübung sicher Beschwerlichkeiten und

die Petenten drückten ihre Besorgnis aus, dass die konfessionellen Schulen der Minderheiten nicht besonderes wohlwollende Behandlung erfahren werden. Diesbezüglich beschränkte sich die Kommission auf die Aeusserung, es sei derzeit verfrüht, zu verhandeln, was im Falle geschehen solle, wenn die Besorgnisse der Petenten sich unglücklicherweise verwirklichen.

Die rumänische Regierung wird eine detaillierte Vollstreckungsverordnung herausgeben und die Kommission ist überzeugt, diese Verordnung werde die wiederholten Versicherungen der Regierung einlösen, wonach die Schulen der Minderheiten im Geiste weitesten Verständnisses behandelt werden.

Was die in den Beilagen der Petition aufgezählten vielen einzelnen Fälle betrifft, womit die Petenten die feindliche Haltung der Regierung gegenüber den ungarischen Schulen zu beweisen trachten, darauf stellt die Kommission fest, dass der Delegierte Rumäniens jene Dokumente nach Genf schicken liess und der Kommission zur Verfügung stellte, welche auf jeden einzelnen Fall amtliche Erhebungen enthalten, sowie gerichtlich beglaubigte Schriften, Bitten der interessierten Bevölkerung, Protokolle, auf das Eigentumsrecht bezügliche Dokumente. Die Kommission überprüfte die von der rumänischen Regierung beschafften Dokumente und stellte fest, dass die Behauptungen der Petenten in vielen Fällen den Tatsachen nicht entsprechen, wie dies behufs Überprüfung eingeleiteten Enquèten, aus Schriften und Dokumenten hervorgeht. [2] Die Mitglieder der Kommission sehen sich veranlasst, zu betonen, wie wichtig es sei, dass die vonseiten der Minderheiten an den Völkerbund gerichteten Petitionen mit der grössten Sorgfalt verfasst werden, um nicht der Wahrheit nicht entsprechenden Tatsachen gemäss die Vermittlung des Völkerbundes anzurufen.

[2] Bezüglich dieser Feststellung der Kommission weist der Verfasser auf die Anmerkung zum Document Nr. XXII (unter der Linie) sowie das im Dokument XXVI enthaltene. Das kontradiktorische Verfahren ist im Gebahren des Völkerbundes zwischen klageführender Minderheit und verklagtem Staat ausgeschlossen. Das Dreierkomitee konnte bei diesen Feststellungen die klageführenden Minderheitskonfessionen nicht verhören. Es fehlten die unmittelbaren Informationen der Minderheitskonfessionen, deren sich die rumänische Regierung reichlich bedienen konnte und auch bediente. Wären die Minderheitskonfessionen einerseits in der Lage gewesen der Kommission solche un-

Die Kommission spricht im Übrigen ihre zuversichtliche Hoffnung aus, im Verhältnis zwischen der rumänischen Regierung zu den Minderheiten werde Milderung eintreten und grossmütige Politik vonseiten der Regierung werde den Willen aufrichtiger Mitarbeit bei den Minderheiten erwecken und dem Gefühl der Loyalität begegnen.

Genf, am 18. März 1926.

mittelbare Aufklärungen zu geben, andererseits dem rumänischen Memorandum gegenüber die Daten der eigenen Denkschrift mit einer neuen Eingabe zu beweisen, oder gehörig zu beleuchten, so hätte die übrigens hinlänglich vorsichtig verfasste Feststellung des Protokolls der Kommission sicher anders geklungen. Eben im Interesse sachlicher Prüfung der Schulfrage und unbefangener Betrachtung der Tatsachen beantragten die Vertreter der Konfessionen in ihrer Schrift Nr XX die Entsendung einer Fachkommission aus den Delegierten dreier Nationen, die sich am Ort und Stelle von der Sachlage überzeugt hätten.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.